

Weltzeitung

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg. Techn. Zeitung Witzblatt „ILK“

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Er erscheint täglich zweimal, Sonntags, Feiertags und Montags einmal. Inwieweit die Preisänderung... (Subscription information)

Keine faulen Kompromisse!

Die gestrigen Fraktionsberatungen im Reichstag - Bisher keine Verständigung in der Flaggenfrage. Heute Fortsetzung der Verhandlungen bei Anwesenheit von Luther und Rühl - Der einzige Ausweg aus den Schwierigkeiten

Am gestrigen Nachmittag fanden mehrstündige Verhandlungen zwischen den Fraktionen und der Regierung über die Möglichkeit, in der Flaggenfrage zu einem Kompromiß zu kommen, statt. An den Verhandlungen nahmen teil die Minister Dr. Stresemann und Dr. Brauns, außerdem von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Schulz und Dr. Brüninghaus, vom Zentrum die Abgeordneten v. Guérard und Dr. Zieger, die von der Bayerischen Volkspartei Abge. Reichel und von der Demokratischen Partei Abge. Koch-Meier. Die Verhandlungen haben gestern zu keinem Ergebnis geführt, sondern werden heute, am Sonntag nachmittag, im Reichstag fortgeführt werden. Daran wird der Reichstagspräsident teilnehmen, der schon um 3 Uhr nachmittags zurückzuführen gedenkt. Der Abgeordnete Koch-Meier, der heute vormittag in der Reichstagskammer, wird auf Wunsch des Reichstagspräsidenten im Flugezogen wieder zurückkehren, um an den weiteren Verhandlungen teilnehmen zu können.

werden fügen! Das soll man sich in den Fraktionsbüros der republikanischen Parteien heute bei den ansehenden aufstrebenden Beratungen vor Augen halten!

Das Maß ist voll

Auch über die Gründe der demokratischen Zurückhaltung

In einer Unterredung mit dem Vertreter des Demokratischen Zeitungsbüros führte der demokratische Parteiverordneter Reichstagsminister A. D. Koch, u. a. folgendes aus: „Was von dem Chef der Regierung verlangt werden muß, ist, daß er rechtzeitig Rücksicht darauf nimmt, welche Opfer für einen Koalitionsanliegenfall zu tragen sind. Wir hatten vor unserer oberrheinlichen Stellung bei der Regierungsbildung Rücksicht am ehesten verdient.“

„Das gilt für die Frage der Rüstungsfindung, in der wir auch als andere Parteien die Notwendigkeit erkannt hatten, rechtzeitig eine klare Regelung vorzunehmen, und in der wir weiter waren, wenn die anderen Parteien uns gefolgt wären, eher es zu spät ist. Sie hätte sich die Regierung früher und einheitlicher einsehen und die Verhandlungen mit Berlin antizipieren müssen. Wir haben uns in der Zwischenfrage nicht erlassen, obwohl auch derjenige, der den Frieden in unsern rüstungslosen Zustand bringen, den Zeitpunkt des Vertrags abschließen muß, für günstig halten, wenn er uns in die Lage bringt, zu einem einheitlichen Schlußpunkt beizutreten zu werden, wie sie feierlich unter dem Kaiserreich betrieben worden ist. Diese Zustände sind uns schwer geworden, auch wenn wir nicht jedesmal in der Öffentlichkeit Himmel und Erde in Bewegung gesetzt haben, wie das bei der früheren Koalition die Zeitungsfrauen taten. Es gibt aber Grenzen unserer Nachgiebigkeit. Ich habe dem Reichstagspräsidenten den Entwurf der Flaggenverordnung darauf aufmerksam gemacht, daß sie für uns völlig untragbar ist. Ich habe ihn erneut am Freitag darauf hingewiesen, daß die demokratische Reichstagsfraktion, wenn die Sache auf sich beruhen bleibt, sich zur Rückweisung der Verordnung entscheiden würde. Es war vergeblich. Wir haben oft genug betont, daß wir der Regierung die Führung gern überlassen: führen heißt aber nicht, allein und ohne Verständigung loszugehen.“

Die Redieren weißt Koch auf die Unmöglichkeit der Flaggenverordnung hin, die eine völpolitische Lösung bedeuete. Zum Schluß bemerkt der demokratische Parteiführer, daß, wenn die Demokraten ihrerseits die Konsequenzen aus der Sachlage noch nicht gezogen haben, dies deswegen geschehe, weil sie es nicht als ihre Aufgabe ansehen, allein vorzugehen. Die Sozialdemokraten müßten das Bewußtsein haben, daß jeder, der jetzt den Kampf aufnimmt und eine Regierungsbildung herbeiführt, auch die Verantwortung hat, zu der Lösung dieser Krise positiv beizutragen. Nur wenn die Sozialdemokratie diese Verpflichtung voll anerkenne, könne diese Krise ohne Schaden für die Republik vorübergehen.

Wir halten es für eine selbstverständliche Konsequenz des sozialdemokratischen Mißtrauensantrages, daß die S. D. D. sich im Falle seiner Annahme bei einer Kabinettstufung positiv an ihrer Lösung beteilige.

Das ist nicht rechtens!

Richterliches Urteil über die Flaggenverordnung

Der Republikanische Richterbund hält die Flaggenverordnung für nicht vereinbar mit der ungewiesenen Erbnung des neuen Reichswappens in der Verfassung, die die Weichseln die Farben Schwarz-Weiß-Rot erklärt und nur der Handelsflagge die Farben Schwarz-Weiß-Rot zugeteilt. Weiterhin, die das Reich nach außen vertreten, dürfen allein die Weichseln der Flaggenverordnung von 1921 nicht gestiftet. Nach deren Vorbericht hatten die Außenvertretungen der Reichsrepublik die Nationalflagge oder die gleichfalls schwarz-weißen Handelsflagge zu wählen. Diesen verfassungsmäßigen Inhalt der Verfassung hat die neue, dem Eintracht der republikanischen Parteien zum Trotz erlassene Verordnung. Sie bezieht den Reichsvertretungen in Leberecht und Golenorten die gleichzeitige Führung der Handelsflagge Schwarz-Weiß-Rot. Das kann nicht rechtens sein. Die dienstliche Verwendung des Reichspräsidenten über die Reichsbehörden kann nun und nimmer eine Verordnungsverordnung begründen, die fernerhin eine unmittelbare Verfassungswirkung ausübt. Das ist nicht mehr gesetzmäßige Ausübung des Verordnungsrechts, es ist die unzulässige Verweigerung ein s verfassungsmäßigen Gebotes.

Chemnitz, 8. Mai.

Die Deutsche demokratische Partei für Chemnitz und Umgegend sollte eine Entscheidung, in der sie auf das schärfste mißbilligt, daß demokratische Minister aus der Flaggenverordnung mitgewirkt haben, und fordert die demokratische Reichstagsfraktion auf, daß sie für die sofortige Aufhebung der Verordnung Sorge trägt.

Schnelldienst

Nach dreitägiger Verhandlung in Darmstadt wurde heute dem Reichstag... (News about the Reichstag session)

Die demokratische Kammer wurden für den medienburgischen Landtag an die erste Stelle... (News about the media burgian Landtag)

An dem Dänischer Prozess gegen den Studenten Ringenborg, der vor einiger Zeit dem Studenten... (News about the Ringenborg case)

Die entschädigungslose Enteignung der Habsburger

Dr. Grasshoff

Die Auseinandersetzungsfrage zwischen dem deutschen Volk und seinen Fürsten ist heute auf einen Punkt gelangt... (Editorial on the Habsburgs)

Das Ausland sieht diesem Tohuwabohu teilnahmsvoll, aber mit wenig Verständnis zu... (Continuation of editorial)

Bei Beurteilung der ungleich schwierigeren Verhältnisse in Oesterreich muß man sich gegenwärtigen, daß durch den Zusammenbruch der Donaumonarchie der nachfolgende... (Continuation of editorial)

Der Artikel 208 des Friedensvertrages von Saint-Germain... (Continuation of editorial)

Die tschechoslowakische Republik konfiszieren dementsprechend in ihrem Gesetz vom 12. August 1921 nicht nur das gemeinsame Familienvermögen... (Continuation of editorial)

Der Friedensvertrag von Trianon vom 4. Juni 1920 fordert in seinem Artikel 191 eine Sperrung oder Konfiskation... (Continuation of editorial)

Italien hat auf Grund des Artikel 208 des Vertrages von Saint-Germain den Privatbesitz Kaiser Karls, nämlich die Villa Hölle in Trient... (Continuation of editorial)

Und endlich die österreichische Republik! Mit dem Gesetz vom 3. April 1919 konfisziierte sie das gesamte in ihrem Staatsgebiet befindliche bewegliche und unbewegliche Vermögen... (Continuation of editorial)

Die Reichsregierung hat sich dementsprechend entschlossen, die Villa Hölle in Trient... (Continuation of editorial)

Die Reichsregierung hat sich dementsprechend entschlossen, die Villa Hölle in Trient... (Continuation of editorial)

Die Reichsregierung hat sich dementsprechend entschlossen, die Villa Hölle in Trient... (Continuation of editorial)

Die Reichsregierung hat sich dementsprechend entschlossen, die Villa Hölle in Trient... (Continuation of editorial)

Die Reichsregierung hat sich dementsprechend entschlossen, die Villa Hölle in Trient... (Continuation of editorial)

Die Reichsregierung hat sich dementsprechend entschlossen, die Villa Hölle in Trient... (Continuation of editorial)